

Tanz auf dem Vulkan

Rückblick/Ausblick 2018/2019

Es ist erschreckend und bezeichnend zugleich, wie in Medien in einem Atemzug Bestürzung über Klimaveränderung und Begeisterung über Zuwachsraten im Luftverkehr geäußert wird.

2018 stiegen die Flugbewegungen in Frankfurt um etwa 40.000 auf über 512.000.

Erwartungen oder Hoffnungen, Starts und Landungen könnten bei 460.000 Bewegungen stagnieren, sind Geschichte. Fraport musste aus der Logik eines konkurrenz- und profitgetriebenen Konzerns einen neuen Wachstumsweg öffnen: umfängliches „Billigfliegen“ auch in Frankfurt.

Rücksichtslose Missachtung der Nachtflugbeschränkung und neue Flugrouten: „Tests“ für die zeitliche und räumliche Ausdehnung der Fliegerei, um zukünftige Mengen überhaupt abwickeln zu können.

Die häufige Ostwetterlage eine Folge der Klimaveränderung – die nächsten Jahre werden es zeigen. 2018 war, nicht nur für die im Westen des Flughafens lebenden Menschen ein Horrorjahr und die „verspäteten“ Landungen in den Nachtstunden für alle eine üble Belastung und eine ungeheure Provokation. Landesregierung und FLK stehen den nicht intendierten Folgen des gewünschten oder akzeptierten Wachstums am Flughafen ignorant oder hilflos gegenüber. Daran hat auch die Landtagswahl nichts geändert.

2018 war auch ein weiteres Jahr der enttäuschten politischen Hoffnungen und Erwartungen vieler. Vielleicht aber auch ein Jahr realistischer Desillusionierung. Die ständigen Anrufungen an „die Politik“, „die Gesetzgebung“ oder bestimmte Parteien haben mit dem „Weiter so“- Programm der schwarz-grünen Landesregierung und dem aktuellen Kabinettsbeschluss zum Fluglärmgesetz – trotz Bittgang der Fluglärmkommissionen nach Berlin und der Gründung eines bisher zahnlosen Arbeitskreises „Fluglärm“ durch einige Bundestagsabgeordneten – ihre Wirkungslosigkeit demonstriert.

Einschneidende Veränderungen gibt es nur bei einer Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, soll heißen: erst wenn in der Bevölkerung das Bewusstsein über die Schädlichkeit von Kurz- und Vielfliegerei vorherrschend wird, wenn sie nicht mehr toleriert und ihre soziale Ächtung dominant wird – erst dann wird der Fliegerei durch Politik und Gesetzgebung Schranken gesetzt werden.

Die Bedingungen dafür sind günstiger als es auf den ersten Blick scheinen mag. Die drohende Klimakatastrophe und die vermehrten Debatten dazu, die Auseinandersetzungen um Diesel und Kohle als ihr signifikantester Ausdruck, rücken auch die Bedeutung des Luftverkehrs für das Klima mehr und mehr ins Rampenlicht. Auch wenn sich von Bundes- und Landesregierung bis FLK noch geweigert oder geziert wird, gesundheitliche und klimatische Folgen des Luftverkehrs als integrale Bestandteile der gleichen Problematik anzuerkennen und zu bearbeiten – lange wird das nicht mehr durchzuhalten sein.

Unsere Bewegung und ihre Handlungen, vor allem die beständigen Montagsdemonstrationen, die Basisaktivitäten vor Ort und die „Lobbyarbeit“ auf Orts- Kreis- Landes- und Bundesebene sind nicht nur wichtige und unverzichtbare Bausteine in unserem langwierigen Kampf – sie strahlen auch weit über unsere räumlichen und organisatorischen Grenzen hinaus aus.

Sie dienen unseren Bedürfnissen nach verträglichen Lebensbedingungen in der Region und sind ebenso Bestandteil des unabdingbaren, weltweiten Kampfs gegen die Klimakatastrophe.

Zu unseren Aktivitäten im Einzelnen, in chronologischer Reihenfolge (und ohne Anspruch auf Vollständigkeit, insbesondere was die vielfältigen Veranstaltungen der einzelnen BI's, z.B. im Landtagswahlkampf betrifft):

Ganz wesentlich für unsere Aktivitäten 2018 waren, wie oben schon erwähnt, die massiven Verstöße gegen die Nachtflugbeschränkungen und die Landtagswahl im Oktober. Viel Engagement und Arbeit bedeutete die Vorbereitung der 250. Montagsdemonstration am 11.06.2018 und die „Sonntagsdemonstration“ am 21.10.2018 anlässlich des Jahrestags der Eröffnung der Nordbahn und der Landtagswahl in Hessen sowie die Erstellung des „Politikbriefs“ aus diesem Anlass, dessen Erstellung seit Anfang des Jahres in Angriff genommen wurde und dessen erster Entwurf der DV im Februar vorgelegt wurde. Etwa zur gleichen Zeit begannen auch die Vorbereitungen für die 250. Montagsdemonstration. Im März unterstützte das BBI ein Solidaritätskonzert für die Baumbesetzer*innen im Treburer Wald, die dort von Januar bis zur Räumung im November ausharrten. Im Frühjahr weiter die Ausarbeitung einer Stellungnahme zum Landesentwicklungsplan, bald gefolgt von jener zum Fluglärmschutzgesetz und der kritisch-solidarischen Unterstützung der Aktion der ADF und BVF in Berlin aus diesem Anlass. Die Demonstrationen am 11. Juni und 21. Oktober waren gut besucht und derart „demonstrativ“, dass der SWR sich genötigt sah, die Wiedergabe der Wirbelschleppen-Folgen-Aktion zu zensieren. Die Landtagswahl brachte nicht die von Vielen erhofften Verbesserungen, dafür die von anderen geteilte Erwartung, dass sich nichts ändern werde. Nach der hessischen Landtagswahl hat sich unsere Co-Sprecherin Stefanie Then aus dem Sprecher*innengremium zurückgezogen. Im November hat die DV des BBI dann, nach Diskussion und Wahl, der Bundesvereinigung gegen Fluglärm BVF empfohlen, Ina Hauck als Nachfolgerin von Dirk Treber für die FLK Frankfurt zu benennen.

Neben dem – nach dem Politikbrief zur Bundestagswahl 2017 - ebenso beeindruckenden Politikbrief zur Landtagswahl 2018 in Klein- und Großformat wurden Pressemitteilungen und Stellungnahmen zu nachfolgenden Themen verfasst; in ihnen spiegelt sich die fortlaufende Arbeit von Sprecher*innenteam und DV:

- An Schäfer-Gümbel: Sondierungsgespräche mit der CDU/CSU, hier: Maßnahmen zum Schutz der Flughafenanwohner*innen (Januar)
- Forum Flughafen und Region: Aktiver Schallschutz 2018. Ein Dokument der Erfolglosigkeit und Kapitulation vor dem Fluglärm (Januar)
- Koalitionsverhandlungen: Arbeitsgruppe Verkehr will Ticketsteuer abschaffen. Voller Erfolg für die Verkehrslobby, weitere Niederlage für den Klimaschutz (Februar)
- 20 Jahre Bündnis der Bürgerinitiativen: Jahrestag am 5. März 2018 (März)
- Französische Polizei räumt das Lager der Öko-Aktivist*innen auf dem Gelände des ehemals geplanten Flughafens Notre-Dame-Des-Landes (April)
- Alarmierende Ergebnisse der Ultrafeinstaubmessungen am Frankfurter Flughafen (April)
- An den Parlamentarischen Arbeitskreis Fluglärm im Deutschen Bundestag (April)
- Stellungnahme des BBI zur Anhörung: Dritte Änderung des LEP Hessen 2000 (Mai)
- „Ruhe jetzt“ 250. Montagsdemonstration am 11. Juni 2018 im Terminal 1 (Juni)
- Konsultationsverfahren zur Umfliegung von Darmstadt-Arheilgen oder: Die Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit (Juni)
- HMWEVL: „Lärmobergrenze in 2017 eingehalten“. Dreistes Dokument zur Fehlleistung Lärmobergrenze (August)
- Novellierung des Fluglärmsgesetzes ist überfällig ! Mahnwache vor dem Reichstagsgebäude und Montagsdemonstration im Terminal 1 (September)
- Weltgesundheitsorganisation: Neue Leitlinien für Lärmbelastung veröffentlicht (Oktober)
- Sonntagsdemonstration „5 nach 12“ im Terminal 1 am 21. Oktober (Oktober)
- Hessen hat gewählt. Unsere Erwartungen: Klima und Umwelt müssen in den Mittelpunkt rücken (Oktober)
- Polizei räumt Treburer Oberwald. Bouffier und Al-Wazir stehen für ein „weiter so wie bisher“ (November)
- Schreiben je an Bundesumweltministerin Schulze und Bundesverkehrsminister Scheuer: Corsia – eine untaugliche Maßnahme zum Schutz des Weltklimas (November)

- Schreiben an Al-Wazir als Verhandlungsführer bei den Koalitionsgesprächen mit der Hessischen CDU (Dezember); CDU und B'90/DIE GRÜNEN stellen Koalitionsvertrag vor. Weiterhin Flughafenpolitik ohne wirkliche Ambitionen

Ausblick 2019

Wie für 2018 gilt: die Montagsdemonstrationen waren und sind unverzichtbarer Teil unserer Bewegung. Für Politik wie Soziale Bewegungen spielen Symbole eine nicht zu unterschätzende und permanent praktizierte Rolle. Die Montagsdemonstrationen sind zentrales Symbol unserer Anstrengungen, sie stärken wöchentlich die Solidarität unter den Mitkämpfer*innen und bieten Vielen die Möglichkeit sich dauerhaft oder sporadisch an Aktivitäten gegen die schädlichen Auswirkungen des Luftverkehrs und des Frankfurter Flughafens im Besonderen zu beteiligen.

Mit dem forcierten Wachstum des Luftverkehrs ist es unserer Ansicht nach notwendig, unsere Aktivitäten neu „auf den Begriff“ zu bringen.

Lärm, Ultrafeinstaub und Klimaschädigung sind Folgen des Luftverkehrs, die im allgemeinen Bewusstsein wie in den Vorstellungen entsprechender Akteure entweder nachsorgend oder gar nicht bearbeitet werden sollen bzw. können. „Wachstum“ wird dabei als unhinterfragbar behandelt.

Bisher ist die Reduzierung der Flugbewegungen eine unter anderen Forderungen unserer Bewegung. Es erscheint uns jedoch sinnvoll und auf Grund der allgemeinen Entwicklung notwendig, die eigentliche Ursache der zunehmenden Schädigungen ins Zentrum zu stellen, exakt eben das Wachstum des Luftverkehrs. So wie die Anti-AKW-Bewegung sich zwar auch mit der Sicherheit und den je konkreten Wirkungen einzelner Kraftwerke beschäftigte, aber im Zentrum „Atomkraft- Nein Danke“ stand. Ähnliches gilt für die Bewegung gegen Kohleabbau und Verstromung. Oder wie es jüngst die Bewegung für eine gesunde Landwirtschaft bei ihrer Demonstration in Berlin auf den Begriff brachte: „Wir haben die Agrarindustrie satt“.

Aus einem zentralen Motto, wie etwa „Stopp dem Luftverkehrswachstum“ lassen sich alle konkreten Forderungen ableiten und begründen, aber es ist auch mehr. Es spitzt die Debatten auf die wirkliche Kernfrage zu und verlangt deutliche Stellungnahmen bei allen, die vorgeben, etwas gegen die schädlichen Auswirkungen des Luftverkehrs zu tun.

Bei den anstehenden Debatten zu Ultrafeinstaub und Klima liegt es unmittelbar auf der Hand: Passive Schutzmaßnahmen sind derzeit vollkommen utopisch, die direkten positiven Auswirkungen eines Stopps des Luftverkehrswachstums aber deutlich zu vermitteln.

Auch bei den Bemühungen um internationale Zusammenarbeit wird es deutlich:

„Stay grounded“ meint eben genau das, am Boden bleiben, nicht fliegen. Wir haben es längst nicht mehr nötig zu betonen, wir seien ja nicht grundsätzlich gegen den Flughafen etc. pp. – so wenig etwa die Forderung nach weniger motorisiertem Individualverkehr sich mit einem Bekenntnis zu motorisiertem Verkehr überhaupt rechtfertigen muss.

Veränderte Bedingungen verlangen nach verstärkter Reflexion des eigenen Handelns. Diskutieren wir gemeinsam über Konsequenzen und überlegen, welche Folgen dies eventuell auch für unsere anstehenden Aufgaben hat, etwa die Kampagne zur Europawahl, die Vorbereitung und Gestaltung der 300. MoDe/8. Jahrestag der Nordbahn, die Gespräche mit den Landtagsfraktionen und unserer Mitarbeit in FLK und BVF.

2019 wird vermutlich kein leichtes Jahr, eher ein Jahr mit vielen Zumutungen und viel Arbeit für uns alle. Trotzdem oder gerade deshalb wünschen wir euch und uns Ausdauer, viel Erfolg und auf jeden Fall auch angenehme und schöne Ereignisse und Erfahrungen

BBi Sprecherinnen und Sprecher 20.01.2019